

Das Problem heißt Rassismus.

K U N D G E B U N G

Fr. 14. Nov. 2014

**BLUMENTHALER
MARKTPLATZ**

16 Uhr

**Bringt Transparente mit - seid laut, bunt und entschlossen!
Es wird gemeinsam und entschlossen vom Blumenthaler
Bahnhof zum Kundgebungsort gegangen.**

Treffpunkte

**Infopoint am Hauptbahnhof × 14:45 Uhr
und Bahnhof Blumenthal × 15:40 Uhr**

Seit Ende Oktober wird in Bremen-Farge mobil gemacht gegen die neu entstandene Unterkunft für zehn minderjährige, straffällig gewordene Geflüchtete in der Rekumer Straße. Die Facebook-Gruppe „Rekumer Straße - nicht mit uns“ konnte in kürzester Zeit über 2000 Unterstützer_innen verzeichnen. An dem von der CDU veranstalteten und gut besuchten Infoabend ließen Anwohner_innen ihren Ängsten vor „den kriminellen Ausländern“ freien Lauf. Es fielen Sätze wie: „Eine Pleitekommune wie Bremen [...] könnte sich nicht leisten, hochgradig Kriminelle zu importieren, die man dann hier mit Schmusekurs irgendwie in die richtige Richtung bringen soll...“. Im Allgemeinen wurde eine Situation konstruiert, in der die Nachbarschaft durch die Geflüchteten permanenter Gefahr durch Gewalttaten ausgesetzt sei.

In solchen Äußerungen werden rassistische und chauvinistische Meinungen deutlich und durch Bagatellisierung mit Sätzen wie: „Das wird man ja mal sagen dürfen!“ gesellschaftsfähig gemacht. Dass dies gefährlich ist, ist spätestens seit den rassistischen Übergriffen auf Wohnheime für Asylsuchende Mitte der 1990er Jahre in Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen bekannt.

Bei der Organisation der Proteste tat sich besonders der Anwohner Fritjof Balz hervor, der sich aggressiv gegen die Unterkunft der Flüchtenden in Farge richtet und maßgeblich durch den AfD Vertreter C. Seidel unterstützt wurde. Damit leitet er gemeinsam mit den beteiligten Parteien CDU, AfD und den „Bürgern in Wut“ (BIW) zum frühen Bremer Wahlkampf auf Kosten Geflüchteter ein. Vor allem die vermeintliche „Sicherheit“ der Gemeinde sei gefährdet, es wird mit rassistischen Ressentiments um sich geworfen. Dabei wird den jungen Menschen wiederholt ihr Status als geflüchtete Person sowie ihre Schutzbedürftigkeit abgesprochen.

Ihren traurigen Höhepunkt fand die Stimmungsmache in einer Kundgebung mit etwa 150 Personen, zu der in Blumenthal nicht nur „besorgte Bürger_innen“ gemeinsam mit Rechtspopulist_innen kamen. Es nahmen auch Personen teil, die dem Neonazi-Spektrum und den rechten Farge-Ultras zuzurechnen sind.

Die militarisierte Grenzschutz-Agentur FRONTEX zwingt Flüchtende Tag für Tag auf lebensgefährliche Routen, lässt sie ertrinken, verdursten oder ersticken.

Sind die Flüchtenden dann trotz aller Gefahren in Deutschland angekommen, werden ihnen dauerhaft elementare Rechte abgesprochen. Sie werden systematisch unterversorgt und entmündigt – durch ein generelles Arbeitsverbot, durch Gutscheinsysteme statt Bargeld, durch Polizeischikane, Behördenwillkür und ständig drohende Abschiebung.

All dies ist für uns Grund genug für eine kritische antirassistische und antifaschistische Intervention. Wir wollen rassistische Hetze nicht unwidersprochen lassen.

Gegen Rassismus und Ausgrenzung!

Gegen die Marginalisierung und Kriminalisierung von Geflüchteten!

Für einen respektvollen und solidarischen Umgang mit Schutzsuchenden.

Für die globale Bewegungsfreiheit - Refugees Welcome!